

**Niederschrift
über die 2. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 04.11.2024
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345 - 3. Etage

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:25 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Daniel Beegen
Herr Dieter Blechschmidt
Frau Yvonne Gruber
Herr Ronny Hering
Herr Rico Kusche
Herr Thomas Salzmann
Frau Diana Tarnawski
Herr Mathias Weiser
Frau Diana Zierold

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert
Herr Wolfgang Alboth
Herr Matthias Gräf
Herr Michael Persch
Rainer Pietschmann

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Markus Löffler	FBL Bau und Umwelt	alle TOP
Frau Paula Pour	Energie- u. Klimaschutzmanagerin	TOP 4.1
Frau Gunhild Spranger	Controlling	TOP 3
Frau Peggy Hein	Kämmerin	TOP 3
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	alle TOP
Herr Marcel Uebel	GAV	TOP 4.1
Herr Hagen Brosig	Verkehrsplaner	TOP 4.3
Herr Lutz Armbruster	GAV	TOP 1.4

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Uwe Trillitzsch	TOP 4.1
Herr Singer	TOP 4.1
Frau Heike Weis	TOP 4.2
Herr Treiber	TOP 4.3
Herr Leonhardt	TOP 4.3
Herr Dr. Rettenmeier	TOP 4.2
Herr Schäfer	TOP 4.3
Frau Bodenschatz	Berichterstattung

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2. Tagesordnung
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
2. Einwohnerfragestunde
3. Diskussion zum HH-Planentwurf 2025/2026
4. Vorberatung
- 4.1. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Energetische Ertüchtigung Sportstätte Jößnitz“ (18-0000193)
BSV-058/2024
- 4.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.029 „Energetische Sanierung u. Aufstockung Wohnanlage Kobitzschwalder Straße, mit Änderung Bebauungsplan „Wohnpark-Süd“ in Neundorf mit integriertem Vorhaben- u. Erschließungsplan, Billigungs- u. Auslegungsbeschluss
BSV-057/2024
5. Nahverkehrsplan für den Nahverkehrsraum Vogtland – 5. Fortschreibung 2025 - 2029
BSV-037/2024
- 5.1. Benennung des Bereiches am Denkmal „Friedliche Revolution in Plauen“ in „Thomas-Küttler-Platz“ mit Anbringung einer Gedenktafel zu seinem Wirken und einem Straßenschild
BSV-052/2024
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 2. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.

Gem. aktueller Änderung in § 39 SächsGemO weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitgliedes als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Für die Mitunterzeichnung des öffentlichen Teils werden die Stadträte Yvonne Gruber und Ronny Hering vorgeschlagen und bestätigt.

1.2. Tagesordnung

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es sind noch zwei Anfragen unbeantwortet geblieben. Dies ist zum einen eine Anfrage von Herrn Stadtrat Schwarz zum QR-Code vorm Museum in der Nobelstraße sowie von Herrn Stadtrat Holtschke zu einer 30-kmh-Regelung auf der Hofwiesenstraße.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass er noch auf eine Rückmeldung warte zur Taubenproblematik in der Morgenbergstraße. Hier wollte man das Gespräch mit dem Landratsamt Vogtlandkreis suchen.

1.4. Informationen der Bürgermeisterin

Herr Löffler, FBL Bau und Umwelt, zeigt eine Präsentation zur geplanten Calisthenics-Anlage in der Bergstraße. Auf dieser Fläche wurde vor einiger Zeit ein marodes Gebäude abgebrochen. Aus verschiedenen Bürgerbeteiligungen ist bekannt, dass sich vor allem viele junge Plauener eine solche Anlage wünschen. Die Fläche in der Bergstraße gehört bereits der Stadt, was von großem Vorteil ist, da so kein Immobilienerwerb nötig war. Die Baukosten belaufen sich auf 54.900,00 EUR, davon werden drei Viertel von Bund und Land getragen. Im Vergabeausschuss am 17.07.2024 sowie im Finanzausschuss am 26.09.2024 wurden die Stadträte bereits über das Projekt informiert. Das Bauende ist für Ende dieses Monats geplant. Herr Löffler betont, dass keine zusätzlichen Bänke oder Tische aufgestellt werden, es wird damit keine „Verweilzone“ geschaffen.

Da Bürger hinsichtlich zu erwartender Ruhestörung Bedenken geäußert haben, wurde explizit das Gespräch mit der Polizei sowie der Polizeibehörde gesucht.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, informiert darüber, dass auch an seine Fraktion bereits Bedenken herangetragen worden sind. Er hätte sich vorab eine Vorstellung im Stadtbau- und Umweltausschuss gewünscht und bittet darum, dies künftig zu beachten.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, zeigt sich enttäuscht darüber, dass der Stadtbau- und Umweltausschuss als Fachausschuss für derartige Vorhaben nicht im Vorfeld gehört wurde, auch vor dem Hintergrund, dass man durch den Abbruch offene Höfe geschaffen hat. Es sei enttäuschend, dass die Mitglieder dieses Ausschusses, genau wie jeder andere auch, von diesem Vorhaben durch die Zeitung erfahren haben. Er habe dieses Ehrenamt angetreten, um die Politik in dieser Stadt ein klein wenig mitzugestalten. Dies sei ihm in dem Moment jedoch gar nicht möglich gewesen.

Frau Stadträtin Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne empfiehlt einen Vororttermin mit den Anwohnern.

Herr Löffler ergänzt dazu, dass Fördergelder aus einer anderen Baumaßnahme übriggeblieben sind. Hätte die Stadt diese nicht noch in diesem Jahr verwendet, so hätten sie an den Freistaat zurückgegeben werden müssen. Aufgrund des sehr kurzen Zeitfensters war es nicht möglich, nochmals einen Fachausschuss einzuberufen. Auch hat man in keiner Weise damit gerechnet, dass diese Baumaßnahme derart die Gemüter erhitzen könnte.

Er selbst habe fast ausschließlich anonyme Beschwerden erhalten und damit leider keine Möglichkeit gehabt, in die Diskussion zu gehen, was er gern getan hätte. Auch habe er unmittelbar die Presse vor Ort bestellt und informiert. Schlussendlich klingelte er bei mehreren Anwohnern, um das Projekt direkt vorstellen zu können. Für den darauffolgenden Dienstagabend reservierte er den großen Ratssaal, um eine kurzfristige Bürgerinformationsveranstaltung anzubieten, leider ist niemand der Einladung gefolgt.

Er betont, dass die Firmen bereits beauftragt seien und die Maßnahme daher nicht mehr gestoppt werden könne.

2. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner zur Einwohnerfragestunde erschienen.

3. Diskussion zum HH-Planentwurf 2025/2026

Frau Spranger, SB Controlling, stellt den Haushaltsplanentwurf 2025/2026 sowie die langfristige Planung bis 2029 anhand einer Präsentation vor. Knapp 105 Mio. Euro wird die Stadt Plauen voraussichtlich in den kommenden fünf Jahren verbauen. Die Bautätigkeiten erstrecken sich dabei hauptsächlich auf die Bereiche Wirtschaftsförderung, Schulen und Sport, Bau und Umwelt sowie auf den Bereich Friedhof und Bauhof.

Im Bereich Wirtschaftsförderung ist das Gewerbegebiet Plauen Oberlosa Teil 1 zu nennen sowie ab 2027 die Erschließung des Teils B. Ab 2028 soll es Planungen für das Gewerbegebiet Kauschwitz geben.

Geplant ist im Bereich Schulen und Bäder der Neubau an der Kemmler-Oberschule, der Ersatzneubau der Käthe-Kollwitz-Förderschule, die innere Sanierung der Grundschule Neundorf, die Sanierung der Herbartschule sowie der Anbau am Stadtbad.

In den Zahlen des Teilhaushalt 7 steckt der Neubau der Feuerwache in Neundorf.

Im Teilhaushalt 8 werden die Stadt in den nächsten Jahren der 2. Bauabschnitt des Weisbachschen Hauses beschäftigen, das Ortszentrum Mammengebiet, die Sanierung der Oberschule Friedrich Rückert oder auch das Gerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte.

Im Teilhaushalt 9 enthalten sind Baumaßnahmen an Sportplätzen, am Friedhof, am Krematorium, natürlich an Straßen aber auch Hochbaumaßnahmen an städtischen Objekten. Hinzu kommen jährlich noch etwa 40 bis 60 Maßnahmen im Bereich der Instandhaltung/Instandsetzung. Diese Maßnahmen finden sich im Ergebnishaushalt unter den so genannten E- bzw. Z-Nummern und erhöhen das Anlagevermögen der Stadt nicht.

Herr Stadtrat Weiser, AfD-Fraktion, greift die im Haushaltsentwurf geplanten Kosten für die Gemeindestraßen auf und möchte gern wissen, welche Mittel dafür im vergangenen Jahr geplant waren.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Stadtrat Weiser hakt nach, wie hoch der finanzielle Bedarf wäre, um die Gemeindestraße in dem eigentlich notwendigen Umfang zu sanieren.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, führt aus, dass man ca. 85 Mio. Euro bräuchte, um alle Gemeindestraßen in den Zustand der Kategorie I zu bringen. Wenn man nur die Straßen der Kategorien III und IV sanieren wollen würde, hätte die Stadt einen Investitionsbedarf von 46 Mio. Euro.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es der Stadt mit den derzeit eingeplanten Mitteln nicht gelingen wird, den Zustand der Straßen zu erhalten.

Frau Stadträtin Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, bezieht sich auf Planungen im Haushalt zu außergewöhnlichen Schadensereignissen und dabei auf zwei Bürgerinformationszentren. Hierzu hätte sie gern Näheres erfahren.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert dazu, dass damit die Festhalle Plauen sowie die Dreifeldhalle des Lessing-Gymnasiums gemeint sind, die als künftige Bürgerinformationszentren im Notfall vorgehalten werden sollen.

Im Haushaltsentwurf hat sie darüber hinaus einen Eintrag über die ESF- bzw. EFRE-Konzepterstellung für 2028 sehen können. Frau Stadträtin Zierold möchte über die diesbezüglichen Pläne informiert werden.

Frau Bürgermeisterin Wolf führt aus, dass die aktuelle Förderperiode in 2027 ausläuft, es wird im Anschluss eine Förderperiode für weitere sieben Jahre geben. Hierfür wird sich die Stadt wieder bewerben, was eine Konzepterstellung nötig macht.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, ist der Ansicht, dass allein die Nennung des Namens eines Projektes im Haushaltsplanentwurf mit der dahinterstehenden eingeplanten Summe in einigen Fällen wenig aussagekräftig ist. Dies mache die Bewertung der Sinnhaftigkeit bzw. der Notwendigkeit einer Maßnahme gelegentlich schwierig. Er möchte deshalb die Fragen seiner Fraktion möglichst zeitnah an die richtige Stelle richten können, um kurzfristig eine Rückmeldung zu erhalten und evtl. Änderungen vorzuschlagen.

Frau Hein, Kämmerin, schlägt die Nutzung des elektronischen Haushaltsantrages mit Weiterleitung an den Sitzungsdienst vor, damit die Anfragen im Anschluss allen zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Stadtrat Weiser, AfD-Fraktion, bezieht sich auf eine Formulierung im Haushaltsentwurf hinsichtlich des Energie- und Klimaschutzmanagers. Zum einen findet sich darin die Formulierung, dass die Stelle gestrichen wird, an anderer Stelle wird sie jedoch wieder erwähnt. Er möchte gern wissen, wie das zu verstehen ist.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Frau Hein ergänzt zur Finanzierung der geplanten Investitionen, dass durchschnittlich 71 % über Fördermittel finanziert werden. Zudem wird der Stadt in 2025 und 2026 zusätzlich eine so genannte Investitionspauschale in Höhe von voraussichtlich 553.000,00 EUR pro Jahr gewährt. Für das Jahr 2025 wurde diese Summe für die Sanierung der Neuen Elsterbrücke vorgesehen.

Darüber hinaus sind Kreditaufnahmen geplant. Diese liegen jedoch noch immer unter der Tilgung, so wie es die gesetzlichen Regelungen vorschreiben.

Herr Stadtrat Beegen, AfD-Fraktion, erkundigt sich nach dem Hintergrund der Formulierung „Abriss Garagenkomplexe für Öko-Punkte“.

Herr Löffler, FBL Stadtplanung und Umwelt, führt dazu aus, dass es in Plauen Garagenkomplexe gibt, die in einem maroden Zustand sind bzw. die einen hohen Leerstand aufweisen. Wenn die Stadt Plauen Bebauungspläne aufstellt, wodurch Flächen versiegelt werden, muss sie im Gegenzug Flächen entsiegeln. Dafür eignen sich diese Garagenstandorte, die nicht mehr genutzt werden. Um hier nicht immer sofort reagieren zu müssen, wurde präventiv dieses Öko-Punkte-Konto eingerichtet. Diese Öko-Punkte lassen sich dann entsprechend zum Ausgleich einsetzen, wenn sie benötigt werden. Dabei dürfen nur die Eigenanteile der Stadt als Öko-Punkte angerechnet werden, geförderte Maßnahmen nicht.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, erinnert daran, bei der im Haushalt geplanten Maßnahme „Sanierung Löschteich Straßberg“ rechtzeitig im Vorfeld den Ortschaftsrat mit einzubeziehen.

4. Vorberatung

4.1. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Energetische Er- tüchtigung Sportstätte Jöbnitz“ (18-0000193) *BSV-058/2024*

Herr Uebel von der Gebäude- und Anlagenverwaltung stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor.

Er schickt voraus, dass man 2009 in eine Heizungsanlage mit Hackschnitzelnutzung in der dortigen Schule investiert hat, an welcher außerdem die Sportstätte sowie die Kita angeschlossen sind. Diese Anlage wurde auch über den Sommer betrieben, obwohl nur in der Sportstätte sowie in der Kita eine Warmwasseraufbereitung stattfand. In der Schule wird kein Warmwasser benötigt bzw. nur vereinzelt dezentral über Warmwasserboiler bereitgestellt. Durch die geringe Auslastung des Wärmenetzes im Sommer infolge des vergleichsweise niedrigen Warmwasserbedarfs der beiden Gebäude kommt es zu hohen Verteilnetzverlusten und somit Energieeffizienzeinbußen in diesen Monaten.

Auf dem sanierten Flachdach des Sporthallenanbaus soll eine Photovoltaikanlage errichtet werden. Der PV-Strom wird einerseits in der Sporthalle direkt verbraucht; andererseits kommt Überschussstrom für die Warmwasserbereitung der Sporthalle und der benachbarten Kita zum Einsatz – insbesondere in den Sommermonaten, in denen die höchsten Verluste im Nahwärmenetz entstehen. Dafür werden ergänzende Pufferspeicher sowie ein Umbau der Heizungs-hydraulik in den angeschlossenen Gebäuden erforderlich. Die Kita sowie die Sportstätte sollen mithin quasi von der Heizung entkoppelt und damit autark nutzbar gemacht werden. Die Warmwasserbereitung soll in den Sommermonaten für beide Gebäude rein elektrisch über Heizpatronen erfolgen. Das Nahwärmenetz kann dadurch im Sommer vollständig außer Betrieb gehen.

Zusätzlich soll eine E-Ladesäule für PKW mit zwei Ladepunkten auf dem Parkplatz der Sportstätte errichtet werden, um die PV-Anlage komplett auszunutzen.

Im Jahr 2023 veröffentlichte der Vogtlandkreis einen Förderaufruf zur Verteilung der Mittel aus dem Kommunalen Energie- und Klimabudget. Im Rahmen dieses Programms wurden der Stadt Plauen Mittel zum Umbau der Energieversorgung in der Sportstätte Jöbnitz in Höhe von 161.537,21 Euro bewilligt, auch weil dieses Projekt eine Art Alleinstellungsmerkmal aufweist.

Die Förderquote beträgt 100%, Eigenanteile müssen demnach nicht bereitgestellt werden.

Herr Uebel hebt besonders das Engagement und die Zusammenarbeit mit Herrn Singer, dem Leiter der SG Jöbnitz hervor. Die Veranschlagung der Mittel im Haushalt werden am kommenden Donnerstag im Finanzausschuss behandelt.

Herr Singer, 1. Vorsitzender des SG Jöbnitz, unterstreicht die Notwendigkeit der Niveauerhaltung im Bereich des Vereinssports und wirbt für eine Zustimmung des Ausschusses.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass hier eine 30 kWp-Anlage für 160.000,00 EUR angeschafft wird. Die Stadt zahle damit über 5.000,00 EUR pro kWp, das erscheine ihm doch sehr teuer, da etwa 2.000,00 EUR pro kWp üblich seien.

Herr Uebel führt dazu aus, dass vor allem der Umbau der Hydraulik mit der Entkopplung und der Schaffung eines neuen Netzanschlusses hier den Preis ausmache.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 161.537,21 € für die Maßnahme „Energetische Ertüchtigung Sportstätte Jöbnitz“ (18-0000193).

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 0 Nein-Stimmen

- 4.2. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.029 „Energetische Sanierung u. Aufstockung Wohnanlage Kobitzschwalder Straße, mit Änderung Bebauungsplan „Wohnpark-Süd“ in Neundorf mit integriertem Vorhaben- u. Erschließungsplan, Billigungs- u. Auslegungsbeschluss**
BSV-057/2024

Frau Bürgermeisterin Wolf begrüßt als Vorhabenträger Herrn Dr. Rettenmeier mit seiner Architektin Frau Weis und Herrn Dr. Trillitzsch als Ortsvorsteher von Neundorf.

Herr Löffler, FBL Bau und Umwelt, stellt das Vorhaben anhand einer Präsentation vor und führt noch einmal zum Prozedere des so genannten vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aus. Das Planungsziel ist die energetische Sanierung des 35 Jahre alten Wohngebietes sowie eine Nachverdichtung durch Aufstockung.

Da das Wohngebiet dem bauplanungsrechtlichen Innenbereich zuzuordnen ist, ist keine Umweltsprüfung und keine Ausgleichsbilanzierung notwendig. Die Anzahl der Vollgeschosse liegt dann bei drei. Der alte Bebauungsplan aus dem Jahr 1993 müsse dafür überplant werden. Die Planunterlagen werden öffentlich ausgelegt und können auch im Rathaus eingesehen werden. Es sei keine einheitliche Sanierung, sondern eine sukzessive geplant, d. h. man beginnt einzeln mit der Sanierung der Häuser und wird Übergangslösungen finden.

Herr Stadtrat Hering, AfD-Fraktion, interessiert vor diesem Hintergrund, ob man bereits das Gespräch mit den gegenüberliegenden Anwohnern gesucht habe.

Herr Dr. Trillitzsch, antwortet, dass das Vorhaben bereits im Ortschaftsrat behandelt wurde. Zu diesem Termin erschienen auch viele Anwohner. Die absolute Höhe, um die die Gebäude wachsen werden, läge ohnehin nur ca. 50 cm - 80 cm höher. Es ist zwar in der Umgebung ein Thema, die Wahrnehmung ist jedoch nicht negativ.

Herr Löffler betont, dass genau dafür die Unterlagen 30 Tage ausgelegt werden und entsprechend Stellung genommen werden kann. Ein Verzicht oder eine Aufschiebung der Sanierungsmaßnahmen hätte möglicherweise den fortschreitenden Verfall zu Folge.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, hält die gewählte Darstellung für nicht ganz geeignet. Man hätte noch die gegenüberliegende Bebauung sichtbar machen können, um eine bessere Vorstellung zu gewährleisten. Er habe sich jedoch vor Ort persönlich ein Bild machen können und zeigt sich deshalb davon überzeugt, dass sich die geplante Bebauung gut einfügen wird.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner der SPD/Initiative-Fraktion, möchte wissen, wie die Erhöhung der Wohnungsanzahl erfolgt.

Herr Dr. Rettenmeier, Dr. Rettenmeier GmbH & Co. KG, erläutert, dass lediglich die erste Etage über den Garagen stehenbleiben wird. Sie wird jedoch ebenfalls saniert werden. Die mittlere Etage wird vollständig abgetragen, anschließend wird diese und eine weitere Etage aufgebaut werden. Auf diese Weise werden insgesamt 15 weitere Wohnungen entstehen, von 45 auf dann 60 Wohnungen. Auf den Dächern werden PV-Anlagen installiert, welche Wärmepumpen versorgen. Darüber hinaus ist geplant, ein so genanntes Mieter-Strommodell einzuführen. Damit wäre es Mietern künftig möglich, Strom der über den Bedarf der Wärmepumpe hinaus erzeugt wurde, kostengünstig abzunehmen.

Frau Weis, Architektin, ergänzt, dass sich die energetische Sanierung natürlich auch auf die Gebäudehülle erstreckt. So werden sowohl die Fassadendämmung als auch die Fenster nach neuesten Gesetzmäßigkeiten errichtet.

Herr Albert, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, erkundigt sich, ob das Konzept der geplanten Stellplätze aufgeht.

Frau Weis informiert, dass die Stellplätze straßenbegleitend errichtet werden. Sie versichert, dass mehr als 1,5 Stellplätze pro Wohnung zur Verfügung stehen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt den Entwurf der Planunterlagen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 029 „Energetische Sanierung und Aufstockung Wohnanlage Kobitzschwalder Straße“ mit Änderung Bebauungsplan „Wohnpark – Süd“ in Neundorf mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

**5. Nahverkehrsplan für den Nahverkehrsraum Vogtland – 5. Fortschreibung 2025 - 2029
BSV-037/2024**

Der Nahverkehrsplan (NVP) des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Vogtland (ZVV) mit seinen Mitgliedern Vogtlandkreis und Stadt Plauen ist für die Jahre 2025-2029 neu zu erstellen. Inhaltliche Basis der Erarbeitung und Fortschreibung ist die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufstellung von Nahverkehrsplänen für den öffentlichen Personennahverkehr.

Frau Bürgermeisterin Wolf begrüßt Herrn Leonhardt vom Verkehrsverbund Vogtland, Herrn Schäfer von der Fa. VCI mbH, Herrn Treiber, Geschäftsführer der Plauener Straßenbahn sowie Herrn Brosig, Verkehrsplaner der Stadt Plauen.

Herr Brosig stellt anhand einer Präsentation, vor allem auch für die neuen Ausschuss- und Stadtratsmitglieder, die Struktur des ÖPNV im Vogtland vor. Der Nahverkehrsplan wird im Zweckverband von seinen beiden Mitgliedern beschlossen, die den Weisungsbeschluss aus dem Stadtrat und Kreistag erhalten. Eine Fortschreibung des Nahverkehrsplanes aller fünf Jahre ist gesetzlich vorgeschrieben. Kurz gesagt drückt der Nahverkehrsplan aus, wie wir das Vogtland über den Nahverkehr erschließen, sowohl räumlich als auch zeitlich. Ein weiteres Ziel des Nahverkehrsplanes ist die Barrierefreiheit.

Herr Brosig informiert über den bisherigen organisatorischen Ablauf von der Entwurfsfassung bis zur Beschlussfassung des Planes und geht dabei besonders auf die für die Stadt Plauen relevanten Belange ein.

Am Beginn des Planes findet sich eine Bestandsaufnahme. Aktuell hat die Stadt Plauen eine Auslastung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen 18 % und 19 %.

An die Bestandsaufnahme schließt sich die Raumplanung an.

Hinsichtlich der Taktung ergeben sich Änderungen bei der Straßenbahn. Die 10-Minuten-Taktung ist nach Abstimmung mit der Straßenbahn wirtschaftlich nicht mehr zu halten und es wird eine 15-Minuten-Taktung angestrebt werden.

Um die Effektivität der Regionalbusse zu erhöhen, wird untersucht, inwiefern neue Haltestellen errichtet und die Linienführungen der Busse vereinfacht werden können.

Nicht zuletzt spielen die finanziellen Mittel eine große Rolle. Herr Oberbürgermeister Zenner drängt schon seit längerem darauf, dass die Ausgleichszahlung, welche die Stadt vom Zweckverband erhält, erhöht wird, damit sie mit den Kostensteigerungen mithalten kann.

Darüber hinaus ist die barrierefreie Umgestaltung der Haltestellen sehr kostenintensiv. Ein Teil der Förderung erfolgt durch das Land, eine ergänzende Förderung durch den Zweckverband ist jedoch unerlässlich. Diese lässt die aktuelle Haushaltssituation des Zweckverbandes jedoch aktuell leider nicht zu.

Im Bereich Eisenbahnverkehr sieht der Deutschlandtakt derzeit einen 2-Stunden-Takt nach Nürnberg vor. Für die Stadt ist es jedoch sehr wichtig, den Stundentakt zwischen Dresden und Nürnberg anbieten zu können. Der Zweckverband kann sich diesem Vorschlag jedoch leider auch nicht anschließen.

Herr Leonhardt, Verkehrsverbund Vogtland, VVV, führt ergänzend zum Gesamtwerk für das Vogtland aus. Er stellt eine Karte mit den Strömen der Ein- und Auspendler im Vogtland vor. Plauen weist dabei ein ausgeglichenes Verhältnis auf. Seit der letzten Fortschreibung konnte man auch einen geringeren Bevölkerungsrückgang verzeichnen als erwartet.

Er ist der Ansicht, dass es im überwiegend ländlich geprägten vogtländischen Raum ein gutes ÖPNV-Angebot gäbe. In den Jahren nach der Corona-Pandemie hätten sich die Fahrgastzahlen wieder stabilisiert bzw. sogar leicht erhöht. Dies ist jedoch vor allem in 2023 auf das so genannte „Deutschland-Ticket“ zurückzuführen. Die Prognose rechnet mit einer moderaten Steigerung der Beförderungsfälle.

Er fasst die Ziele des Nahverkehrsplanes für die kommenden fünf Jahre zusammen und nennt dabei die weitere Etablierung des Vogtlandtaktes sowie die Barrierefreiheit. Dafür wurden die bislang bereits bestehenden Haltestellen einer Überprüfung unterzogen und in verschiedene Kategorien unterteilt. Daraus ergab sich eine Prioritätenliste. 46 Haltestellen seien dabei hochprioritär, davon lägen 15 in der Stadt Plauen. Haltestellen, welche null Punkte erreicht haben, sind von der Umsetzung der Barrierefreiheit ausgenommen.

Was sich lt. Nahverkehrsplan in den nächsten fünf Jahren im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ändern soll, ist die erstmalige Einbindung des Vogtlandes in das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz. Ab Dezember 2026 wird es eine direkte Anbindung an Leipzig geben.

Die Neuvergabe „Vogtlandnetz“ steht an und soll bis Ende kommenden Jahres vollzogen sein.

Auch die Prüfung der Organisationsstruktur des ÖPNV im Vogtland ist Bestandteil der Rahmenplanung.

Ferner habe der VVV Optimierungsmöglichkeiten der Straßenbahnlinien in Plauen vorbereitet.

Im straßengebundenen ÖPNV beschäftigt sich der VVV mit dem „Saubere Fahrzeuge Beschaffungsgesetz“, damit soll eine vollständige Umstellung auf Elektrofahrzeuge erreicht werden.

Im letzten Kapitel des Nahverkehrsplanes sind Aussagen zu den Finanzierungsquellen enthalten, worauf Herr Leonhardt abschließend näher eingeht.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/ Initiative-Plauen-Fraktion, hakt nach, welche Fördermittel die Stadt Plauen als Baulastträger denn für den barrierefreien Umbau der Haltestellen in Plauen bekäme.

Herr Leonhardt gibt hier das Landesinvestitionsprogramm an, vermutet aber, dass der barrierefreie Ausbau von Haltestellen nicht förderfähig ist.

Herr Stadtrat Kusche, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, interessiert, ob der Bund oder das Land Vorgaben macht zur Taktung der Straßenbahnen.

Herr Leonhardt führt dazu aus, dass es keine Vorgaben zur Taktung gibt. Sie ergibt sich vielmehr aus einer Mischung aus Erfahrung, Bedarf und vorhandenen Finanzmitteln.

Ferner möchte Herr Stadtrat Kusche wissen, ob sich die Fahrgastzahlen reduzieren oder die Bahnen voller werden, wenn die Straßenbahn die Taktung von 10 Minuten auf 15 Minuten erhöht.

Herr Leonhardt erläutert, dass es leider in der Vergangenheit sehr schwierig gewesen sei, exakte Aussagen über die Ursache von Veränderungen bei den Fahrgastzahlen zu treffen. Infrage kommen dafür sowohl das Deutschlandticket, als auch Corona, als auch die geänderte Taktung, als auch neue Bahnlinien etc.

Darüber hinaus möchte Herr Stadtrat Kusche erfahren, wie genau Fahrgastzahlen erfasst werden.

Herr Leonhardt berichtet, dass die Verkehrsmittel – bis auf die Busse – mit unterschiedlichen technischen Zählsystemen ausgestattet sind. Im Bereich des Busverkehrs funktioniert die Erhebung der Fahrgastzahlen über den Verkauf der Tickets.

Herr Stadtrat Kusche bezieht sich außerdem auf die gemachte Aussage zur angestrebten Fahrzeit der S-Bahn nach Leipzig, die unter zwei Stunden liegen soll. Diese läge jedoch auch momentan schon bei nur knapp über zwei Stunden.

Herr Schäfer, VCI GmbH, hebt hervor, dass man mit der Einbindung ins mitteldeutsche S-Bahn-Netz eine umsteigefreie Verbindung anbieten wird. Viel schneller wird die Verbindung jedoch tatsächlich nicht, was vor allem daran liegt, dass man viele regionale Haltestellen bedienen wird.

Ganz grundsätzlich würde Herrn Stadtrat Kusche noch interessieren, ob denn Pkw-Verkehrsströme gemessen und erfasst werden, um daraus Rückschlüsse zu ziehen, welche Strecke besonders häufig durch den Individualverkehr genutzt wird. Daraus könnte man ableiten, welche Strecke künftig vielleicht durch den ÖPNV abgedeckt werden könnte, um mehr Menschen in Bus und Bahn zu bringen und damit den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Herr Leonhardt führt dazu aus, dass man solche Erhebungen vor Jahren schon gemacht habe, nunmehr stehe jedoch das Angebot, da wolle man nun auch keine „Lücke“ hineinreißen. Aktuell orientiere man sich stärker in Richtung Deutschland-Ticket bzw. Deutschland-Job-Ticket.

Frau Stadträtin Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, habe im Nahverkehrsplan die Reduzierung der Taktung der Strecke Dresden-Hof von ein auf zwei Stunden gesehen und moniert dies.

Herr Schäfer korrigiert, dass keine Reduzierung auf einen zweistündigen Takt vorgesehen sei. Es sei vielmehr so, dass stündlich eine Fahrt mit Umsteigemöglichkeit nach Leipzig angeboten wird und stündlich eine Fahrt ohne Umsteigemöglichkeit.

Herr Brosig präzisiert in diesem Zusammenhang, dass die Planung des Deutschlandtaktes des Bundes nur noch eine zweistündige Anfahrt von Dresden kommend nach Nürnberg vorsieht. Stand heute fahren die Züge von Plauen aus gesehen also tatsächlich stündlich nach Nürnberg, damit tritt de facto für Plauen eine Verschlechterung ein. An dieser Stelle versucht die Stadt daher unbedingt Einfluss auf die Planungen des Bundes zu nehmen.

Frau Stadträtin Zierold greift nochmals die Ablehnung des weiteren Ausbaus der Barrierefreiheit bei den Haltestellen auf und fragt nach der Begründung.

Herr Leonhardt konkretisiert, dass z. B. eine von der Stadt beantragte Haltestelle auf Höhe der IHK aus haushaltstechnischen Gründen abgelehnt wurde, grundsätzlich stehe man jedoch der Schaffung der Barrierefreiheit positiv gegenüber, so stünde es auch im Nahverkehrsplan.

Frau Stadträtin Zierold hakt darüber hinaus nach, ob denn bei der Anbindung der Gewerbestandorte auch auf attraktive Hauptzeiten geachtet würde.

Herr Leonhardt führt dazu aus, dass fast alle Gewerbestandorte mit dem Busnetz erreicht werden können. Er räumt jedoch ein, dass die Zuwegungen in den Gewerbegebieten oft nicht bustauglich sind.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, wendet ein, dass die Aussage „wir hätten eine gute ÖPNV-Anbindung“ ebenso eine Sache der Perspektive sei, wie die Aussage „wir hätten im Vogtland eine gute Gesundheitsversorgung“. Um ein Beispiel zu nennen, führt er an, dass er kürzlich von Straßberg nach Kauschwitz habe kommen müssen, dies seien in etwa sechs Kilometer Straße. Bedauerlicherweise habe er feststellen müssen, dass er für diese sechs Kilometer mit dem ÖPNV eine Stunde gebraucht habe. Diese Strecke hätte er auch zu Fuß in einer Stunde zurückgelegt.

Herr Leonhardt muss zugeben, dass der ÖPNV zu keinem Zeitpunkt mit dem Taxenverkehr mithalten können. Der Massenverkehr wird immer auf die Verbindung von Zentren abstellen.

Ganz allgemein erlaube sich Herr Stadtrat Blechschmidt die Frage, ob davon ausgegangen wird, dass die geplanten finanziellen Mittel ausreichend sind, für all das was im Nahverkehrsplan aufgeführt ist, denn allen voran sei für Plauen natürlich die Straßenbahn besonders wichtig.

Grundsätzlich geht er persönlich davon aus, dass die Finanzierungsquellen die Planungen des Nahverkehrsplans abdecken, hierin sei auch die Plauener Straßenbahn enthalten. Natürlich gäbe es immer wieder Entwicklungen, die man nicht vorhersehen könne.

Herr Pietschmann, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion freie Bürgerliste Plauen, hat eine Frage zur Direktverbindung nach Leipzig. Er möchte wissen, wann abends die letzten Züge fahren.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, stellt klar, dass die Plauener Straßenbahn nahezu gleichbedeutend mit dem Plauener Nahverkehr ist und somit auch über eine Finanzierungshinterlegung verfügen müsste. Die Stadt Plauen trägt dazu in nicht unerheblichem Maße bei. Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage der Stadt fragt er, ob er den Verbandsmitgliedern deutlich machen könne, was es bedeuten würde, wenn die Stadt dies nicht mehr leisten könne. Insofern wäre es doch nur sinnvoll und folgerichtig, wenn in diesem fünfjährigen Nahverkehrsplan ganz konkret eine auskömmliche Finanzierungsgrundlage für die Straßenbahn festgeschrieben würde. Kurz gesagt, würde ihn interessieren, ob diese Partnerschaft für beide Beteiligte zufriedenstellend ist.

Herr Leonhardt ist der Meinung, dass dies in den einzelnen Finanzierungsregelungen festgelegt werden müsse und verweist auf den Kooperationsvertrag des ZVV mit der Plauener Straßenbahn.

Ob die Partnerschaft für beide Seiten wirklich zufriedenstellend ist, könne er im Rahmen des Nahverkehrsplanes nicht beantworten. Er verweist insoweit auf eine Studie zur Organisation des ÖPNV im Vogtland, die sich aktuell noch in Arbeit befindet.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, fragt bei Herrn Treiber direkt nach, ob es die 80 %ige-Förderung für Investitionen im Bereich Gleisbau noch gäbe und welche Investitionen seiner Meinung vorrangig umzusetzen sind.

Herr Treiber, GF Plauener Straßenbahn GmbH, informiert über eine neue Förderrichtlinie in Sachsen, welche besagt, dass diese für Erneuerung und Ausbau der Infrastruktur nur noch in Kooperation mit einer Bundesförderung Gelder zuschießen würde. Der Bund würde sich mit 50 %, das Land anschließend mit weiteren 25 % beteiligen. Bedauerlicherweise greife die Förderung erst bei Projekten ab einem wertmäßigen Umfang von mindestens 10 Mio. Euro. Einen solchen Umfang erreicht die Stadt jedoch nicht. Andere Fördermöglichkeiten stehen nicht zur Verfügung.

Frau Bürgermeisterin Wolf erinnert Herrn Leonhardt an eine erbetene Zuarbeit. Man habe im Vorfeld um eine Aufstellung der Fahrgastzahlen für die einzelnen Beförderungsmittel pro Kilometer pro Jahr gebeten, diese läge bislang noch nicht vor.

Herr Leonhardt verweist diesbezüglich auf die Zahlen im Nahverkehrsplan, ist jedoch gern bereit, dies nochmals kompakt für die Stadträte zusammenzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 5. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes (NVP) für den Nahverkehrsraum Vogtland (s. Anlage) als Weisungsbeschluss für die in den Zweckverband ÖPNV Vogtland entsandten Verbandsräte der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, keine Nein-Stimme

5.1. Benennung des Bereiches am Denkmal „Friedliche Revolution in Plauen“ in „Thomas-Küttler-Platz“ mit Anbringung einer Gedenktafel zu seinem Wirken und einem Straßenschild
BSV-052/2024

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, erläutert den Hintergrund der Vorlage. Die CDU-Fraktion beantragte am 02.05.2024 die Benennung des Bereiches am Denkmal „Friedliche Revolution in Plauen“ in „Thomas-Küttler-Platz“ mit Anbringung einer Gedenktafel zu seinem Wirken und einem Straßenschild. Nachdem der Antrag Zustimmung fand, schließt sich nunmehr der Beschluss an. Er zeigt den betroffenen Bereich in einer Präsentation. Adressänderungen werden im Zug der Umbenennung nicht erforderlich.

Die AG Straßenbenennung sprach sich für die Benennung des genannten Bereiches in Thomas-Küttler-Platz aus. Der Bereich erstreckt sich auf einer (gedachten) Linie beginnend an der Gebäudeaußenkante Melanchthonstraße 1B über die Melanchthonstraße in Richtung öffentlicher Toilette, fortführend zum Denkmal „Friedliche Revolution in Plauen“ bis an die Schienen der Straßenbahn. Im Verlauf dieser, weiter in Richtung Unterer Graben, soll die Abgrenzung bis in Höhe der Stützmauer des Lutherparks und anschließend wieder an die Gebäudeaußenkante der Melanchthonstraße 1B erfolgen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, bedankt sich für die Thomas Küttler zustehende Ehrung. Er regt an, den Parkplatz des teil-Autos mit einzubeziehen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Benennung des Bereiches am Denkmal „Friedliche Revolution in Plauen“ in „Thomas-Küttler-Platz“ mit Anbringung einer Gedenktafel zu seinem Wirken und einem Straßenschild.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen, 0 Nein-Stimmen

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion Die Linke/Grüne, erkundigt sich nach der geplanten Umnutzung eines Gebäudes im Gewerbegebiet am Mühlgraben und fragt, ob es dafür eine Änderung des Bebauungsplanes gegeben hat.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass es sich um eine Maßnahme des Landratsamtes Vogtlandkreis gehandelt hat.

Herr Löffler, FBL Bau und Umwelt, ergänzt, dass es sich um Grundstücke des Landkreises handelt und der Rückbau auch durch den Landkreis vorgenommen wurde. Bislang liegt eine Bauvoranfrage zu dieser Fläche vor. Es kann bislang auch nicht gesagt werden, was dort konkret geplant ist.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Initiative-Plauen-Fraktion,
erkundigt sich nach dem Stand des Gewerbegebietes Oberlosa.

Frau Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass sich die Stadt in der Vorbereitung einer erneuten
Auslegung befände

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Yvonne Gruber
Stadträtin

Plauen, den 13.11.2024

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführerin

Ronny Hering
Stadtrat